Nr. 171. Sonntag, den 24. Juli 1910. 24. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Heinr. Koenen, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu **drei** Beilagen und das Illustrierte Unterhaltungsblatt **„Die Neue Welt“**.

Verwesung.

Kaum hat jemals eine politische Partei einen kläglicheren Anblick dargeboten, als zurzeit die nationalliberale, welche sich von bestellten Schmeichlern als die Partei des „gebildeten Bürgertums“ bezeichnen läßt. Die Partei hat keine Führung mehr und schwankt zwischen rechts und links haltlos hin und her. Der von den großindustriellen Scharfmachern des Westens beeinflußte Teil drängt zu den Konservativen, während ein anderer, augenscheinlich weit schwächerer Teil unsicher und furchtsam danach tastet, ob sich nicht eine „Annäherung“ an die Fortschrittliche Volkspartei doch noch ermöglichen läßt. Man könnte mit dieser Partei, deren Darm voll Furcht und Hoffnung ist, Mitleid haben, wenn sie es verdiente. Aber sie verdient es wirklich nicht.

Die nationalliberale Partei erstand in den 60er Jahren; sie ist ungefähr eben so alt, wie die heutige deutsche Sozialdemokratie. Aber während diese frisch und lebenskräftig sich in ununterbrochenem Aufstieg befindet, geht es mit dem so früh greisenhaft gewordenen Nationalliberalismus unaufhaltsam bergab.

Wie ein Hohn lesen sich heute die Worte, mit denen 1867 die nationalliberale Partei ihre Grundsätze proklamierte. „Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln errungen werden!“ Gänzlicher Wegfall des ständischen Prinzips, namentlich in Preußen — Herrenhaus, Dreiklassenwahl, Gutsbezirke — wurde damals gefordert und das allgemeine Wahlrecht als die Grundlage der künftigen Reichsverfassung erklärt. Bismarck gelang es, diese Partei des „gebildeten Bürgertums“ zu seiner unterwürfigsten Gefolgschaft zu machen; er schloß einen Pakt mit ihr, wonach sie in politischen Dingen sich unbedingt nach seinen Weisungen zu richten hatte, während er ihr auf wirtschaftlichem Gebiete freie Hand ließ, so daß sie die Schranken beseitigen konnte, die noch die Entwicklung des modernen Kapitalismus hemmten. Dann aber sprengte Bismarck die nationalliberale Partei mit dem Sozialistengesetz, das sie ihm bewilligte, obschon sie seine Absichten kannte, wie aus Bennigsens Briefwechsel zu ersehen. Die freihändlerischen Elemente schieden aus und die Partei mußte den agrarischen Karren ziehen helfen, was sie heute noch tut. Bei ihren Programmänderungen von 1884 versprach die nationalliberale Partei ausdrücklich dem Reichskanzler, das Sozialistengesetz aufrecht zu erhalten, und auch als Bismarck mitsamt dieser seiner Schöpfung verschwunden war, versuchte sie noch einmal vergeblich, dieses berüchtigte Knebelungsgesetz durch eine Umsturzvorlage zu erneuern. Sie blamierte sich nur mitsamt der Regierung, die sich zu einer solchen Vorlage herbeiließ.

So ziemlich alles was in diesen 40 Jahren dem deutschen Volke an Entrechtung, Bedrückung und Mehrbelastung zugefügt wurde, haben die Nationalliberalen mit zu verantworten.

Die Partei, die es dahin gebracht hatte, das Wort „liberal“ zu einem Schimpfwort zu machen, empfing von Bismarck aber nicht den ersehnten Lohn für ihre Bütteldienste. „Sie wollten mit mir aus einer Schüssel essen,“ so höhnte später Bismarck, „aber Lasker hat Bennigsen in die Suppe gespuckt!“ Zwanzig Jahre lang harrte Bennigsen auf ein Ministerportefeuille, das Bismarck diesem politischen Tantalus stets unter die Nase hielt. Die Hoffnung verführte den nationalliberalen Führer immer wieder zu neuen Unterwürfigkeiten gegenüber dem „eisernen Kanzler“ und dennoch mußte Bennigsen aus dem politischen Leben scheiden, ohne Minister gewesen zu sein.

Nach so viel Jämmerlichkeit kann man sich nicht wundern, wenn die nationalliberale Partei heute bei den Beutezügen der Junker als Hilfstruppe fungiert.

In der letzten Zeit wollte man bei den Nationalliberalen einen „frischeren Zug“ verspürt haben. Nun, wir haben nichts davon verspürt. Wenn sie auch in ihrem Programm von 1907 versprochen haben, am „allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht“ festzuhalten — wer glaubt im Ernst daran? Die Wahlrechtsverhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause können jedermann belehren, der noch der Belehrung bedürfte.

Gegenwärtig sind die Junker an der Arbeit, um die Nationalliberalen nach rechts und von der Fortschrittlichen Volkspartei abzudrängen. Man kann leicht erkennen, daß ein neues politisches Parteigebilde im Entstehen ist. Die Großkapitalisten und Schlotjunker im Westen fühlen sich zu den Krautjunkern im Osten hingezogen. Gewiß machen sich heute wie immer die Interessengegensätze zwischen dem mobilen und immobilen Kapital fühlbar, aber die Zeiten sind vorüber, da, wie in England, die Aristokratie des Großgrundbesitzes sozialpolitischen Reformen zustimmte, weil sie damit den Industrialismus zu schädigen glaubte. Man hat Berührungspunkte gefunden. Kraut- und Schlotjunker vereinigen sich gegen die sozialpolitische Gesetzgebung und die Krautjunker sind um so eifriger dabei, als die sozialpolitische Woge das ländliche Proletariat schon erreicht hat.

Und während hier der Anschluß nach rechts schon gefunden ist, wird den nationalliberalen „Mannesseelen“, welche die Annäherung nach links nicht ohne weiteres aufgeben wollen, die Hölle heiß gemacht. Die Großindustriellen verkünden protzig, daß sie der Partei die Summen nicht mehr geben werden, mit denen sie bisher ihre Wahlen gemacht hat. Die Bassermänner müssen, vom Hohn der Junker- und Agrarierpresse verfolgt, mit ihrem Helden im ganzen Reich herum nach einem Mandat hausieren gehen. Dazu wird das rote Gespenst so grell als möglich an die Wand gemalt. Das „gebildete Bürgertum“ wird verantwortlich gemacht für das Steigen der roten Flut, wenn es sich dem Linksliberalismus anschließen will; wenn es aber dem Junkertum Handlangerdienste zu leisten bereit ist, so werden seine Verdienste um die Erhaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung gerühmt. Man sollte kaum glauben, daß es eine „gebildete“ Klasse gäbe, die so töricht und so furchtsam ist, daß dieses demagogische, plumpe Doppelspiel sie in ihren politischen Entschließungen beeinflussen könne; aber es ist doch so und noch bei jeder Wahl hat man gesehen, welch tiefen Eindruck das rote Gespenst auf den liberalen Philister gemacht hat.

So ist diese Partei, die einst in Deutschland so mächtig war und von ihrem Einfluß keinen oder nur den schlechtesten Gebrauch zu machen verstand, einem inneren Verwesungsprozeß anheimgefallen, dessen Dünste in der politischen Atmosphäre wohl zu verspüren sind. Sie dient nur noch dazu, von anderen Parteien je nach deren Vorteil angezogen oder abgestoßen zu werden.

Man hört heute so oft die Phrase, es gehe eine große liberale Bewegung durch Deutschland. Wir verspüren nichts davon; denn Redensarten bedeuten noch keinen Aufschwung im Bürgertum. Es kann nicht anders kommen, als daß ein Teil der heutigen Nationalliberalen von der konservativen Bewegung aufgesogen wird, während der andere Teil sich zur „Annäherung“ an den Linksliberalismus gedrängt fühlt, was auf den letzteren wiederum eine korrumpierende Wirkung ausüben muß. Das ist es, was zurzeit der Wendepunkt genannt wird, an dem die nationalliberale Partei angelangt ist. Nach unserer Meinung ist die Wendung eigentlich schon vollzogen und es geht rettungslos dem völligen Zerfall entgegen.

Tränen wird das deutsche Volk, soweit es politisches Verständnis besitzt, dieser von jeher unheilvollen Partei gewiß nicht nachweinen.

Politische Uebersicht.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.

Der Bericht der Rotterdamer Handelskammer enthält nach der „Frankfurter Zeitung“ bezüglich der geplanten Rheinschiffahrtsabgaben einige Aeußerungen, die als Auslassung des mächtigsten holländischen Handelsgremiums von besonderem Interesse sind. Der Bericht sagt: „Falls von deutscher Seite an Holland das Ersuchen um Abänderung der Rheinschiffahrtsakte gerichtet werden sollte, so ist der Standpunkt unserer Kammer noch ungeschwächt derselbe wie vor Jahren, und nach unserer Meinung kann Hollands Haltung bei einem solchen Ersuchen nur eine durchaus abweisende sein. Holland hat schon im Jahre 1850 ein Beispiel gegeben, als es auf seinem Teil des Rheinstromgebiets die Zölle abschaffte. Es hat auch auf allen andern Fahrwässern des Landes die Abgaben aufgehoben und dadurch indirekt die privaten Eisenbahnbetriebe gezwungen, die Frachtpreise zum Besten des Verkehrs niedrig zu halten. Holland kann daher niemals der preußischen Verkehrspolitik zu Liebe seine eigenen wohlverstandenen Interessen preisgeben. Der Eisenbahnbetrieb in Preußen ist in den Händen des Staates, und deshalb wird die Eigenschaft als Quelle der Einkünfte bei diesem Betrieb in Preußen höher geschätzt als seine Funktion im Dienst des allgemeinen Verkehrs. Für Holland ist die freie Entwicklung des Verkehrs Lebensbedingung. Man kann nicht erwarten, daß wir, um Preußen ein Vergnügen machen, eine Maßregel gutheißen, die ganz unvermeidlich die ausländische Anfuhr hindert und deshalb unsere eigene Wahlfahrt schädigt. Aus den Erklärungen der Niederländischen Regierung geht hervor, daß sie den gleichen Standpunkt einnimmt und daß sie bei ihrer abweisenden Haltung verbleibt.“

Danach wäre an die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein nicht zu denken. Was die Elbe betrifft, so ist hier bekanntlich Oesterreichs Zustimmung erforderlich. Ob sie trotz der Versicherungen des Ministerpräsidenten doch noch erfolgen wird, kann zurzeit nicht gesagt werden.

Forderungen der Zollbeamten.

Der an 14 000 Mitglieder zählende größte deutsche Zollbeamtenverband, der „Reichsverband deutscher Zollaufseher, -Assistenten und -Sekretäre“ E. V. hielt vom 21. bis 23. Juli in Magdeburg seinen diesjährigen zehnten Reichsverbandstag ab. Im Reichsverbande vertreten sind die Zoll- und Steuerbeamten von: Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Thüringischen Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck, Reichsland Elsaß-Lothringen usw., sowie dem zum deutschen Zollverein gehörenden Großherzogtum Luxemburg. Die 14 000 Mitglieder waren auf dem Verbandstage durch etwa 60 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands vertreten.

Die Bestrebungen und Wünsche der Zollbeamten wurden in einer Resolution zusammengefaßt, in der es heißt:

„Der „Reichsverband deutscher Zollaufseher, -Assistenten und -Sekretäre“ hält es zur gesunden Fortentwicklung unserer auf hoher Stufe stehenden deutschen Zoll- und Steuerbeamtenschaft für die erste Notwendigkeit, daß die fast ausschließlich für das Reich wirkenden deutschen Zoll- und Steuerbehörden sobald als möglich unter die direkte Verwaltung des Reichs kommen, und daß die bisherigen bundesstaatlichen Beamten vom Reiche übernommen werden. Nur so kann größtmöglichste Gleichheit in der Zoll- und Steuerbehandlung im Interesse von Handel und Industrie und zur Stärkung der Reichsfinanzen erreicht werden, unter wesentlichen Ersparnissen gegen heute. Eine „Reichszollverwaltung“, wie sie im Zollvereinsvertrag von 1867 schon in Aussicht genommen war, würde zugleich ein neues festes Band für den Reichsgedanken sein. Der Verbandstag bedauert es sehr, daß trotz der seit Jahren aus der Beamtenschaft immer lauter erschallenden Wünsche und trotz der ständig steigenden Schwierigkeiten in der Ausführung der neuzeitlichen Zoll- und Steuergesetze noch kein ernsthafter Schritt zu einer gründlichen Verbesserung und Vereinheitlichung des Ausbildungswesens für die Zollaufseher getan worden ist. Der Verbandstag bittet daher, im Interesse von Handel, Gewerbe und Industrie ungesäumt in allen Bundesstaaten des Zollvereins obligatorische Fachschulen zur methodischen Ausbildung der Zollaufseher einzurichten.“

Es folgt dann eine Reihe von Spezialforderungen, die sich auf Gehaltsverhältnisse, Dienstbetrieb, Disziplinarverfahren und Vereinsfreiheit beziehen.

Das preußische Wahlrecht und das Zentrum.

Wie wir mitgeteilt haben, ist kürzlich Professor Martin Spahn, Sohn des bekannten Zentrumsführers, in dem bombensicheren Wahlkreis Warburg-Hörter als Kandidat zum Reichstag aufgestellt worden. Man darf also annehmen, daß der Herr, zumal bei der Stellung seines Vaters, die Anschauungen der Partei kennt. Nun äußert sich Professor Martin Spahn im Juliheft der besonders von klerikalen Kreisen gehaltenen Zeitschrift „Hochland“ in sehr beachtenswerter Weise über die Stellung Preußens im Reich und ihre Bedrohung durch die Demokratie. Es heißt in dem Artikel:

„Wenn Preußen morgen dahinschwände, wir würden es schwer vermissen. Gewiß entspricht die Staatsform des Reiches dem deutschen Volksempfinden mehr als die des preußischen Staates. Der demokratische Geist, der im Reiche weht, ist der Bevölkerung genehmer als der bureaukratisch-autoritäre Preußens. Käme jener aber ausschließlich zur Herrschaft, so würde sich die Bevölkerung bald bewußt werden, daß auch ihm schwere Mängel anhaften. Heute leidet sie nur deshalb nicht unter ihnen, weil Preußens Eigenart sie ausgleicht. Wir haben in Deutschland keine politische Partei, die über die Mehrheit im Volke verfügt. Wer sollte unsere Führung übernehmen? Leidenschaftlicher Hader und Vorurteile trennen die Volksgenossen einstweilen immer weiter von einander. Unduldsam ist einer gegen den andern. Noch übertragen viele ihren politischen Streit aufs religiöse Gebiet und lassen ihn gar die Formen des gesellschaftlichen Lebens und den geselligen Verkehr beeinträchtigen. . . . In Wahrheit stehen in Deutschland die erst im Beginn ihrer Anstrengungen, welche die Massen „politisieren“, sie zur regelmäßigen und aufmerksamen Wahrnehmung der öffentlichen Pflichten anleiten wollen. Ihr Erfolg steht noch völlig in Frage. Ließen sie zurzeit durch die revolutionär Gesinnten Preußen zertrümmern und hülfen ihnen aus falscher Wertschätzung bloßer Verfassungsformen gar dabei, so würde das deutsche Volk, der echte Bürgersinn und das gleiche Recht aller den meisten Schaden davon leiden. Verfassungsformen gelten nur, wozu der Geist, der sie durchdringt, sie prägt. An dem starken und gerechten, dem politischen Geiste gebricht es der Demokratie des Zeitalters noch überwiegend. . . . Mit Preußen sänken alle Einzelstaaten in den Staub. Zwänge der Radikalismus heute dem preußischen Staat das Wahlrecht des Reichstags im Sturme auf, erschütterte er ihn dadurch bis ins Mark.“

Also für Preußen ist das Reichstagswahlrecht unbrauchbar. Aber das Zentrum ist doch offiziell für Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen! Herr Spahn junior weiß aber natürlich ganz genau, daß diese offizielle Stellung nur für Agitationszwecke gilt, und so wagt er es, seinem Herzen Luft zu machen.

Beim Geldbeutel hört der Patriotismus auf.

Unter den vielen Vereinen und Verbänden, die sich die Förderung der Flottensache angelegen sein lassen, existiert auch ein Flottenbund der Frauen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, dem deutschen Reich ein Schiff zu schenken, das eine Art schwimmendes Sanatorium darstellen soll, auf dem Beamte und Mannschaften der Kolonien sich von etwaigen Krankheiten erholen können, ohne in die Heimat reisen zu müssen. Die Mittel für diese hehre Aufgabe sollen durch Sammlungen aufgebracht werden. Seit fünf Jahren wird nun bereits gesammelt. Das Resultat der Sammlung ist aber so minimal, daß auf der letzten Tagung dieses „weiblichen“ Flottenvereins festgestellt wurde, daß die zu einem Schiff erforderliche Summe — wenn es in diesem Tempo weiter geht — in 200 Jahren beisammen sei.

An Opfermut fehlt es den bürgerlichen Frauen Deutschlands nicht, bloß Geld möchten sie nicht geben. Denn das verwenden sie einstweilen lieber zu andern Sachen.

Die Offenbarung von Zuffenhausen.

Am 21. d. M. hielt Herr Konrad Haußmann, „Führer“ in der fortschrittlichen Volkspartei, in Zuffenhausen zugunsten des im Reichstagswahlkreise Cannstadt-Ludwigsburg aufgestellten nationalliberalen Kandidaten Oeltinger eine lange Rede, in der er auseinandersetzte, weshalb die Fortschrittliche Volkspartei den nationalliberalen Kandidaten unterstützt und nicht den sozialdemokratischen. Ein süddeutscher Nationalliberaler, der sich ehrlich zu Bassermann halte, hätte, so meinte Herr Haußmann, vor einem Sozialdemokraten mannigfache Vorzüge, ganz abgesehen davon, daß es heute gelte, die nationalliberale Partei in der Front festzuhalten, die sie seit der letzten Reichsfinanzreform eingenommen hätte. Freilich, wenn ein Konservativer mit einem Sozialdemokraten um den Sieg ringe, dann müsse der Sozialdemokrat unterstützt werden, denn: „Die Politik der heutigen Reichstagsmehrheit ist volksschädlich und entwicklungswidrig, so daß eine Entscheidung der Partei des preußischen Adels, der für diese Politik die größte Verantwortung trägt, abzuzwingen eine nationale Notwendigkeit geworden ist. Wo dem Herrn v. Oldenburg und Genossen ein Mandat genommen werden kann, da ist Abstimmung für den Sozialdemokraten die unvermeidliche Forderung einer politischen Besserung. Die Gesamtpolitik darf nicht nach rechts gehen, sonst ist alle Entwicklung dauernd verfahren und österreichische Wirren werden eintreten. Die Front der Rechten fordert eine Front der Linken. Wenn eine Front der Linken erforderlich ist, muß sie auch die nationalliberale Bassermannsche Richtung mit umfassen.“

Allerdings unter einer Bedingung hätte, wie Herr Haußmann erklärte, auch die Sozialdemokratie einen Anspruch auf gleiche Unterstützung, wie die Nationalliberalen — nämlich wenn sie die Klassenkampftheorie aufgäbe und die Massen statt zur Verbitterung zur Versöhnung erziehe: „Um uns dieser Haltung untreu zu machen, dazu ist die Methode der Sozialdemokratie leider noch immer nicht anziehend genug. Sie kann mit dieser Methode und den Fehlern der Berliner Politik immer größere Massen sammeln, aber sie kann ehrliche Gegner nicht in dem Glauben erschüttern, daß diese Methode falsch ist, und nicht alle, aber immer noch die Mehrheit der Sozialdemokratie arbeitet nach dem Rezept, Mißtrauen in alle Lebensverhältnisse hineinzutragen und Verbitterung zu züchten. Seitdem die Sozialdemokratie einmal durch ihre kulturelle Forderung, zweitens durch ihre Methode und drittens durch die Regierungsfehler eine sehr große Partei geworden ist, darf und muß man an ihre Führer die Frage richten, ob sie blind für jene Schädigungen des Mißtrauens und der Verbitterung sind, oder ob sie die Erziehung ihrer Anhänger zu gerechten Menschen nicht unter ihre vornehmsten Aufgaben rechnen.“

Nun wird sich die Sozialdemokratie schleunigst bessern müssen, um sich die Zufriedenheit des großen Apostels von Zuffenhausen zu erringen. Vor allen Dingen wird sie das goldene Herz sämtlicher Bourgeois erkennen und dann voll Vertrauen sich deren Führung überlassen müssen. Herr Haußmann ist gewiß gern bereit, nicht nur den reuigen Sündern zu vergeben, sondern auch sie fürderhin in treue Hut zu nehmen, damit sie nicht rückfällig werden.

Erbfreundliches.

Nach einer Meldung der „Schles. Volkszeitung“ sind in Wolhynien 300 Arbeiterfamilien deutscher Nationalität vor die Entscheidung gestellt worden, sich naturalisieren zu lassen oder Rußland zu verlassen. Die Deutschen haben es abgelehnt, um Aufnahme in den russischen Staatsverband zu ersuchen, und sind jeden Tag des Ausweisungsbefehls gewärtig. Da es sich um sehr kinderreiche Familien handelt, kommen gegen 1800 Personen in Betracht. Das Grenzamt Myslowitz, der deutschen Feldarbeiterzentrale zu Berlin, ist bereits beauftragt, sich der Leute anzunehmen.

Wenn die Ausgewiesenen nur nicht dadurch, daß sie von der Feldarbeiterzentrale in „Schutz“ genommen werden, vom Regen in die Traufe kommen! Im Uebrigen zeigt sich hier wieder einmal drastisch, wie der russische „Erbfreund“ die unzähligen Knechtsdienste lohnt, die ihm der preußische Junkerstaat von jeher erwiesen hat.

Das Denkmal Detlev v. Liliencrons.

Am Freitag, dem Jahrestag des Todes Detlev v. Liliencrons, wurde auf dem Friedhof Alt-Rahlstedts das Denkmal enthüllt, das die Baronin ihrem Gemahl hat setzen lassen. Ein einfacher, mit Heidekraut bewachsener Hügel wölbt sich über dem Grab. Weiße Granitsäulen, von eisernen, weißgestrichenen Gittern verbunden, umsäumen die Grabstätte und um diesen weißen Kranz schließt sich ein grüner, von Lebensbäumen. Am Kopfende des Hügels erhebt sich das Denkmal, ein Granitsockel, darauf ein Postament aus weißem Marmor, auf dem sich wieder ein Mittelstück erhebt, das eine junge Rosenpflückerin trägt. Auf der Vorderseite des Postaments ist eine Skizze aus Liliencrons Nachlaßnovellen dargestellt: wie er mit einer Soldatenabteilung durch ein Gehölz stürmt, einem gefallenen Unteroffizier eine Rose auf die Brust legt und weiterstürmt. Das Denkmal, wie auch die Granitsäulen der Einfriedigung werden von prachtvollen Kletterrosen umrankt.

Viele Freunde des Dahingegangenen hatten sich zu der Feier eingefunden. Richard Dehmel, der ihm von seinen Freunden auch im Leben am nächsten stand, hielt eine tiefempfundene Gedächtnisrede, in der er, wie vor Jahresfrist in der Grabrede, betonte, es soll keine Trauerfeier sein: sein Leben wie sein Werk war vollendet, mochten wir auch im ersten Schmerz meinen, er habe uns zu früh verlassen. Wir wollen uns glücklich preisen, daß wir dieses im vollen Sinne männliche Leben bis zur Wende seiner Kraft miterlebten, und ihn wollen wir glücklich preisen, daß er nicht eigentlich Greis geworden ist; er hätte das bei dem Ungestüm seines Wesens nur mit tiefstem, bitterstem Leid ertragen. Sein Ideal war die Heiterkeit, die das Leid kennt bis auf den Grund, sich aber nicht davon überwältigen läßt. Und den Ausdruck dieser Heiterkeit, die über die Erdenschwere hinaus in den leichten, freien Himmel strebt, den wollten seine nächsten Lieben auch seiner Grabstätte aufprägen. Nachdem dann die Hülle gefallen war, dankte Dehmel der Baronin, daß sie das Grab mit so schlichter Herrlichkeit habe ausbauen lassen. Gewiß, sie hat es für sich getan, führte er aus, sich selbst und ihren Kindern zuliebe; aber die Freude haben auch wir daran, nicht bloß wir Versammelten hier, sondern alle Freunde und Verehrer des Dichters, und nicht bloß dieses Dichters allein, sondern der Dichtung überhaupt, ja jeder geistigen Schaffenskraft. Die Ehre, die wir einem solchen Toten erweisen, die kommt dem Leben der Menschheit zugute, kommt allem zugute, was unser Dasein schöner und besser, reiner und edler, mit einem Wort menschenwürdiger macht.

Und dann dankte er dem Künstler, dem Professor Lukisch. Daß sein Werk auch dem poetischen Charakter des Freiherrn von Poggfred so innig entspricht, dafür wollen wir ihm danken, besonders für das Standbild des Grabsteins. Diese Rosenpflückerin mit ihrer herben Anmut und hingebenden Scheu, die wie vom Himmel herabsteigend dasteht und doch ein erdwüchsiges Bauernkind ist: wer von uns kennt sie nicht aus Liliencrons Dichtungen! Wer denkt nicht an seine Vision jenes Sternes, wo er in einem Eibengarten all die zu früh entschlafenen jungen Mädchen „in ihrem Unschuldshemd warten“ sah: „Es spielte ein Entzücken um ihren Mund, die sechzehnjährig starben; ein Seufzen schienen sie zu unterdrücken“! Und die Zeile aus seinem Abschiedsgedicht: „Streut Rosen, Rosen in mein Grab“ — nun hat sie sichtbare Gestalt angenommen. Ja, Rosen sollen hier überall wachsen: hier am Eisengitter zwischen den Pfeilern entlang, an den Granitlehnen der Bänke empor, und dort am Marmorsockel des Grabsteins, dessen eingeritzte Bortenzeichnung gleichsam traumhaft erinnert an die Kriegsepisode, als der Dichter einem gefallenen Kameraden eine frisch erblühte Rose vom Busch brach und auf die blutende Brustwunde legte. Und daß auch der einfache Teppich von Heidekraut, der sich über das Grab selbst breitet, mit den Ebereschenbäumen an den Ecken und den Eiben rings um das Gitterwerk neben den hohen Friedhofslinden: daß all dies ganz zum Geiste Liliencrons stimmt, das fühlt jeder, dem sein Schaffen vertraut ist. Wer je hierher tritt, und sei's nur aus Neugier, dem wird diese geistige Stimmung sich mitteilen, diese freie, eigennatürliche Kunststimmung, die uns mit ebenso ursprünglicher Andacht vor einer überirdischen wie vor der irdischen Heimat erfüllt. Für all das also haben wir dem Meister Richard Luksch zu danken, und nicht zum wenigsten auch dafür, daß ihm als bester Lohn seiner Arbeit die Arbeit selbst gegolten hat; sonst wäre es, bei der Kostspieligkeit des Rohstoffes und der Hilfsarbeiten, der Witwe des Dichters nicht möglich gewesen, eine so schöne Grabstätte zu errichten. Wie sehr die eigentümliche Würde dieses ganzen Gedächtniswerkes auch dem Willen Liliencrons selber gemäß ist, das wissen seine näheren Freunde, zu denen er oft darüber gewettert hat, mit was für Gräbern die braven Deutschen ihre Dichter und Künstler gewöhnlich beehren. Besonders am Beispiel Heinrichs v. Kleist, dem er sich ja in manchen Zügen wie ein Bruder verwandt fühlte, machte er gern seine Meinung deutlich. Er hat dessen Grab am Wannsee mehrmals besucht, und jedesmal lobte er dann nachher den wohlgepflegten Zustand der Anlage, bemerkte aber auch jedesmal, sie sehe eher aus wie die Ruhestätte eines biederen Bäckers oder Metzgers als eines Dichters von Gottes Gnaden. Nun, das kann man von dieser Stätte hier nicht sagen; und nochmals glaube ich im Namen aller Verehrer Liliencrons zu sprechen, wenn ich seiner Witwe zum Schluß unserer Feier noch ganz hervorhebend dafür danke, daß sie nicht ihm allein zu Ehren, sondern ebenso sehr zu Deutschlands Ruhme ein echtes Dichtergrabmal hat bauen lassen.

Als so der Freund und Dichter geendet, wurden viele kostbare Blumenspenden am Grabe niedergelegt, und damit erreichte die schlichte, erhebende Feier ihr Ende.

Aus dem Botanischen Garten.

Ganz leise mahnt es uns an den kommenden Herbst. Das ist die alte Erscheinung: Sommeranfang ist beinahe auch Sommerende. Wenn die Zeit der süß duftenden Lindenblüte vorbei ist, dann hat das Pflanzenleben seinen Höhepunkt überschritten. Ueberall Fruchten und Reifen, aber wenig neues Blühen. Gelbe Ränder erscheinen an den Lindenblättern, rostbraune Flecke auf denen der Kastanie; das Grün der übrigen Bäume ist dunkel, fast braungrün geworden. Eine von den wenigen Ausnahmen bilden die Sumpfzypressen, deren frisches, helles Grün im Kontrast mit den dunkleren Tönen der Umgebung einen leisen Stich ins Gelbliche gewinnt. Wer Farben suchen will, leuchtende, kräftige Farben, der gehe, wie es schon am letzten Sonntag empfohlen wurde, immer wieder durch die Reihen der Korbblütler, der Disteln und Sonnenblumen. Auch die Lippenblütler weisen zum Teil prächtige Farben auf, wie die dunkelrote Monarda. Reich blühen auch die Ehrenpreisarten (Veronica), besonders diejenigen mit den hohen ährenförmigen Blütenständen. Wir finden alle genannten Pflanzen auf den Beeten zwischen dem Strohdachhause und der Obstbaumallee. Die Ehrenpreise (oder Männertreu, wie einige Arten mit schön himmelblauen, aber so leicht abfallenden Blüten genannt werden) sind es wert, daß man sie einmal genauer betrachtet. Während wir auf den großen Korbblüten Hummeln und Bienen in großer Zahl antreffen, finden wir auf Veronicablüten hauptsächlich Fliegen. Die Krone ist flach ausgebreitet, die Röhre ist ganz kurz, der Honigsaft also mit leichter Mühe zu holen für Gäste mit kurzem Rüssel. Natürlich kommen auch Insekten mit längeren Saugorganen hierher, aber wegen der starken Nachfrage seitens des zahllosen Heeres der Fliegen ziehen sie es meistens vor, sich an die langröhrigen Blüten zu halten, wo sie die alleinigen Käufer sind. Der Ehrenpreis entwickelt nun für den Zweck der Bestäubung nur zwei Staubgefäße, die wie die Arme eines Wegweisers vom Mittelpunkte der Blüte nach entgegengesetzten Richtungen sich ausstrecken. Da die Blüte mit der Fläche annähernd senkrecht steht, können sich die Fliegen nicht einfach darauf setzen, sondern müssen sich seitwärts festhalten. Sie ergreifen darum mit den Beinen die beiden Staubfäden, die dabei nach unten gebogen werden und mit den Staubbeuteln die Unterseite des Insekts berühren, wobei sie ihren Staub daran abstreifen. Befliegt das Tier darauf eine neue Blüte, so nimmt sich die im Mittelpunkt der Blüte stehende Narbe den Staub aus den Haaren des Insekts, während die herabgebogenen Staubbeutel es mit neuer Tracht beladen. An mehreren Stellen der Beetreihen, zum Beispiel an dem elften Quergang vom Hörsaalgebäude aus gerechnet, und an dem zwölften, auf den Beeten, die mit Aster horizontalis, Aster umbellatus, Aster salicifolius, Seriocarpus conyzoides und Eupatorium cannabinum (letzteres Schild steht auf der andern Seite im zehnten Quergang) besetzt sind, sowie auf dem Beete mit Solidago canadense hat sich einer der gefährlichsten Pflanzenschmarotzer angesiedelt, der sogenannte Teufelszwirn oder die Seidenpflanze (Cuscata) von der bei uns mehrere Arten vorkommen. Man findet sie häufig in Hecken auf Brennesseln, Hopfen, Weiden, auch in der Heide auf Heidekraut, auf Kleefeldern, eine seltene Art kommt nur auf Flachs vor. Die befallenen Pflanzen sind mit einem dichten Gewirr langer, dünner, gelbroter Stengel mehrfach umwunden oder besser umflochten; es ist wirklich Teufelszwirn, so verheddert und verfitzt, daß man ihn nicht auseinanderwirren kann. Sucht man die fremden Pflanzen abzulösen, z. B. von der Brennessel, dann wird man beobachten, daß sie nicht wie etwa Bohnen oder Zaunwinden einfach um die Stütze sich herumgeschlungen haben, sondern daß sie an einer ganzen Reihe von Stellen mit der „Wirtspflanze“ verwachsen sind. Der Teufelszwirn schickt kleine, kurze, dicke Fortsätze wie Wurzeln aus, die sich an die Nessel legen und in sie eindringen. Hier treten sie in Verbindung mit den Leitungsbahnen der Nessel sowohl mit denen, die das Wasser aus der Wurzel nach oben leiten wie mit denen, die die in den Blättern gebildeten Nährstoffe — Stärke, Zucker — nach unten führen. Beide Ströme werden zum großen Teil in die Schmarotzerpflanze geleitet, die so ihren „Wirt“ langsam aussagt. Solange sie sich an wilden Arpfen, Nesseln, wilden Beifuß, Heidekraut hält, berührt ihr Treiben uns nicht sehr; auf Kleeäckern und noch mehr auf den Flachsländereien können diese „Blutsauger“ schweren Schaden anrichten. Die Vermehrung